

\*\*\*\*\*  
**Liebe Leserinnen und Leser,**

wieder einmal ist der BBU-Newsletter randvoll mit Informationen in Sachen Umweltschutz.

Und es gibt ein grandioses Jubiläum: **Der BBU wird 40 !!**

Die Newsletter-Redaktion wünscht Euch einen schönen Sommer und uns allen einen starken BBU, der sich weiterhin bestmöglich für den Umweltschutz engagiert!!

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

**1972 – 2012:**

### **40 Jahre BBU – 40 Jahre konsequenter Einsatz für die Umwelt**

Der BBU wurde am 24. Juni 1972 von Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und Friedensinitiativen vor dem Hintergrund des drohenden Baus eines Atomkraftwerks in Wyhl gegründet. Der BBU war zunächst einer der ersten und zudem der größte bundesweit arbeitende Umweltverband. Zu den Mitgliedern des BBU gehören heute ebenso örtliche Bürgerinitiativen wie große Verbände wie etwa Greenpeace und Robin Wood. Der BBU ist ein überparteilicher Zusammenschluss und als Verein gemeinnützig anerkannt.

Im Gegensatz zu anderen Umweltverbänden ist der BBU dezentral organisiert. Alle Initiativen und Verbände, die sich dem BBU anschließen, behalten ihren Namen und ihre volle Selbstständigkeit. Das hat zur Folge, dass der BBU in verschiedenen Facetten in Erscheinung tritt: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die sich gegen ein Atommüll-Endlager in Gorleben zur Wehr setzt, "ist BBU", das Bündnis Heideterrasse, das sich u. a. im Bereich der Wahner Heide engagiert, "ist BBU" und auch die Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel, die sich besonders gegen Kohlekraftwerke zur Wehr setzt, "ist BBU".

Während sich die im BBU organisierten Bürgerinitiativen vorrangig um örtliche Probleme wie Kraftwerke, Straßenbauprojekte oder bedrohte Biotope kümmern, bietet der BBU als Dachverband einerseits den örtlichen Gruppen Rückendeckung in der Auseinandersetzung mit Behörden und Unternehmen. Ergänzend ist die BBU-Geschäftsstelle damit beschäftigt, zahlreiche Anfragen zu verschiedensten Umweltthemen zu beantworten sowie Rat- und Hilfesuchende mit Initiativen zu vernetzen, die sich mit entsprechenden Themen und Projekten befassen. "Wichtig ist es", so BBU-Geschäftsführerin Christine Ellermann, "dass sich die Betroffenen frühzeitig bei uns melden. Möglichst bevor ein Genehmigungsverfahren für ein Großprojekt eröffnet wurde oder bevor die Kettensägen schon einen halben Wald umgemäht haben."



Zu seinem 40. Geburtstag wünscht sich der BBU neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen zum Schutz der Umwelt einbringen. Außerdem würde sich der BBU über kleine und große Spenden freuen, die dazu beitragen würden, die wichtige Umweltschutzarbeit des BBU auch zukünftig zu gewährleisten.

**Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Stichwort: 40. Geburtstag.**

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.06.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/22.06.12.html>

### **BBU stellt Forderungen an den neuen Bundesumweltminister Peter Altmaier**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in einem Brief an Peter Altmaier zu seiner Ernennung zum Bundesumweltminister (BMU) gratuliert. Als Umweltverband, der sich seit Jahrzehnten für den Ausstieg aus der Atomenergie und für eine Energiewende hin zu regenerativen Energiequellen engagiert, hat der BBU dem neuen Umweltminister viel Glück gewünscht, um eine ökologisch orientierte Energiepolitik durchzusetzen. Gleichzeitig hat der BBU Umweltminister Altmaier konkrete Forderungen mitgeteilt. So betont der BBU, dass zu einer echten Energiewende „auch der Verzicht auf den Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und auf die Risikotechnologie Carbon Capture and Storage (CCS) gehören. Statt eines flächendeckenden Neubaus von Stromtrassen halten wir zudem das inzwischen breit diskutierte dezentrale Konzept „Strom zu Gas“ für die umwelt- und energiepolitisch bessere und konfliktfreiere Lösung“, so der BBU.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 06.06.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/06.06.12.html>

## 2. Themenbereiche

### Artenschutz

#### **Die Wahner Heide**

100 Brutvogelarten, mehr als 2500 Käferarten, über 700 Arten der Roten Liste - die 5000 ha große Wahner Heide gilt als das artenreichste Naturschutzgebiet NRWs...

Quelle und weitere Informationen: [http://www.heideterrasse.net/teilraum.php?teilraum\\_id=7](http://www.heideterrasse.net/teilraum.php?teilraum_id=7)

Der BBU und das Bündnis Heideterrasse sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

### Atomindustrie

#### **Vorstand einstimmig wiedergewählt – Bürgerinitiative Antiatom Ludwigsburg neues BBMN-Mitglied**

Am 9. Mai 2012 fand die alljährliche Hauptversammlung des BBMN statt. Bei dem gutbesuchten Abend konnte auf ein ereignisreiches Jahr unter anderem mit zwei Kundgebungen in Neckarwestheim (darunter die Großdemo mit 5000 Teilnehmern am Fukushima-Jahrestag) und einigen kleineren Aktionen zurückgeschaut werden. Alle Anwesenden waren sich einig, dass auch weiterhin – trotz der Abschaltung von Neckarwestheim I – vielfältige Aktivitäten gegen Atomenergie durchgeführt werden müssen und es wurde angeregt über verschiedene Ideen diskutiert. Der Vorstand wurde in gleicher Besetzung wiedergewählt und besteht aus Wolfram Scheffbuch (1. Vorsitzender), Volker Bohn (2. Vorsitzender) und Matthias Vest (Kassierer).

Besonders erfreulich: Die BI Antiatom Ludwigsburg wurde als neues BBMN-Mitglied aufgenommen. Die Gruppe hatte sich nach den Ereignissen von Fukushima gebildet und seitdem rege Aktivitäten entfaltet.

Quelle und weitere Infos: <http://www.bbm.de>. Der BBMN ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

#### **Neue Gorleben Rundschau**

Die Juni-Ausgabe der Gorleben Rundschau ist online. Dieses Mal schreibt der neue Vereinsvorsitzende Martin Donat zur angeblichen "Offenheit" der Bundesregierung bei der Suche nach einem Atommüllendlager. Wolfgang Ehmke befasst sich mit den "Verlorenen Mädchen" um Gorleben, Jan Becker mit der "Wahrheit zum Atomausstieg" und Franziska Behn schreibt über die letzte Mitgliederversammlung. Wolf-Rüdiger Marunde und Andreas Conradt befassten sich mit dem Thema "Kreiserhalt" – zu dem die BI damit auch Stellung bezieht.

Quelle: [www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktuell/neue-gorleben-rundschau-5#more-6839](http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktuell/neue-gorleben-rundschau-5#more-6839).

Die Gorleben Rundschau ist ein Organ der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de). Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

#### **Duisburger Atomschrottanlage der GNS erhält rot-grüne Erweiterungsgenehmigung**

Auf scharfe Kritik stößt beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die erteilte Genehmigung zum Ausbau der Atommüllverarbeitung in Duisburg Wahnheim. Der Protest des BBU richtet sich einerseits gegen die Bezirksregierung in Düsseldorf und andererseits gegen die neue rot-grüne Landesregierung von NRW. Diese hätte die Erweiterungsgenehmigung verhindern können.

Gemäß einer Pressemitteilung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 13. Juni (Mittwoch) hat die Bezirksregierung "der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH die atomrechtliche Genehmigung zur Änderung der Betriebsstätte im Duisburger Stadtteil Wanheim-Angerhausen zugestellt. Die Antragstellung erfolgte bereits im November 2009. (...).

Mit der Erweiterung kann die GNS nun unter anderem eine Anlage zur endlagerfähigen Konditionierung radioaktiver Abfälle in Betrieb nehmen, weitere Dekontaminations- und Zerlegeverfahren einführen und zusätzliche Materialien zur Rückführung in den Wirtschaftskreislauf zwischenlagern." Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nicht durchgeführt.

Besonders empörend ist es, dass die Regierungspräsidentin Anne Lütke, die die Düsseldorfer Bezirksregierung leitet, gleichzeitig Kreisvorsitzende der Kölner Bündnis-Grünen ist. "Es ist unbegreiflich, warum die Bündnis-Grüne Regierungspräsidentin der Erweiterung der Duisburger Atommüllverarbeitung zugestimmt hat", bemängelt BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der BBU ruft die Bezirksregierung Düsseldorf und die neue Landesregierung und Düsseldorf

auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Erweiterung der Anlage in Duisburg nicht realisiert wird. Stattdessen soll die Stilllegung der Anlage erwirkt werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 18.06.2012, vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/18.06.12.html>

#### **BBU-Einspruch gegen neue AKW in der Tschechischen Republik / RWE soll sofort aus dem Atomgeschäft aussteigen**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Einspruch gegen den geplanten Ausbau des tschechischen Atomkraftwerks Temelin erhoben. Am Standort Temelin sind zwei neue Reaktorblöcke geplant. Bis einschließlich gestern (18. Juni) konnten Einsprüche beim Umweltministerium der Tschechischen Republik eingereicht werden. In dem Einspruch des BBU heißt es: "Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt: AKW können nirgendwo sicher betrieben werden und bereits der Uranabbau verseucht die Bevölkerung im Niger, in Kanada und anderswo." Damit bekundet der BBU seine grundlegende Ablehnung der Atomenergie. Außerdem heißt es im Einspruch des BBU:

"Eine militärische Nutzung von Atombrennstoff und Atommüll der Reaktoren in Temelin kann grundsätzlich ebenso wenig ausgeschlossen werden wie Atomspionage. Und es wird nie ein Endlager geben, in dem der Atommüll, der in den AKW Temelin 3 und 4 anfallen würde, sicher gelagert werden kann. Die schlechten Erfahrungen der Endlagerprojekte Asse und Gorleben sind zu berücksichtigen. Auch drohen Störfälle und die Gefahren von Atomtransporten."

Der BBU verdeutlicht mit seinem Einspruch gegen neue Atomkraftwerke in Temelin, dass er sich auch international gegen die Nutzung der Atomenergie engagiert. In diesem Zusammenhang begrüßt der BBU auch die Absicht des deutschen Energiekonzerns RWE, der im Ausland keine Atomkraftwerke mehr bauen will. Gleichzeitig fordert der BBU aber auch, dass RWE aus den laufenden Anlagen wie dem AKW Lingen II (Emsland) und aus der Urananreicherungsanlage in Gronau aussteigen soll. "Wer wie RWE vorgibt, auf umweltfreundliche Energien zu setzen, muss Anlagen wie die in Lingen und Gronau stilllegen. Und das sofort, damit kein weiterer Atommüll produziert wird", fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der BBU fordert von RWE zudem auch den Ausstieg aus der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS). Die GNS betreibt beispielsweise in Duisburg eine Anlage zur Atommüllverarbeitung, für die vor wenigen Tagen die Bezirksregierung Düsseldorf eine weitere Genehmigung erteilt hat. Bürgerinitiativen rufen für den 30. Juni zur Teilnahme an einer Demonstration vor der Duisburger GNS-Atommüllanlage auf. Beginn ist um 5 vor 12 auf dem Parkplatz der Landmarke "Tiger and Turtle" gegenüber der GNS in Duisburg - Wanheim, Ehinger Straße. Weitere Informationen dazu gibt es im Internet unter [www.duisburg-atomfrei.de](http://www.duisburg-atomfrei.de), Informationen über die Arbeit des BBU unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de)  
Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 19.06.2012, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/19.06.12.html>

### **Uranabbau in Tansania**

Das uranium-network.org hat eine ausführliche Stellungnahme zur Gefährdung des Selous Game Reserve durch das Mkuju River Project verfasst, sowie

- Briefe an die deutsche Delegation,
- das gleiche (in englisch) an die WHC-Experten,
- eine russische Übersetzung für die russische Präsidentschaft des World Heritage Committee

geschrieben bzw. geschickt.

Übrigens gab es auch noch eine Unterschriftensammlung - mit etwas über 2.500 Unterschriften ...

Mehr zum Thema Uranabbau in Tansania (und anderswo) unter <http://www.uranium-network.org>.

Günter Wippel, [uranium-network.org](http://www.uranium-network.org)

## **Chemiepolitik**

### **Europäisches Parlament verabschiedet Seveso-III-Richtlinie – Die Richtlinie ist eine verpasste Chance zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor Störfällen**

Am 14.6.2012 hat das Europäische Parlament die Seveso-III-Richtlinie verabschiedet. Diese Novellierung der Seveso-II-Richtlinie soll den Schutz der Bevölkerung vor Störfällen bei Chemieanlagen sicherstellen. Das Ziel, das Schutzniveau anzuheben, hat die Europäische Union dabei jedoch deutlich verfehlt.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU führt dazu aus: „Der Novellierungsprozess innerhalb der EU hat mehrere Jahre gedauert. Obwohl es von Beginn an viele zukunftsweise Vorschläge der Umweltverbände und der Europäischen Kommission gab, findet sich fast nichts davon in der Endfassung der Richtlinie wieder. Die Verantwortung hierfür tragen die Mitgliedstaaten, die den Entwurf vom Dezember 2010 zielgerichtet verwässert haben.“

Der BBU hat sich im Rahmen seiner Mitarbeit im Europäischen Umweltbüro (EEB) intensiv mit der Seveso-III-Richtlinie befasst und den Novellierungsprozess begleitet. Für ihn ist es besonders enttäuschend, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie völlig unzureichend ist. Oliver Kalusch erklärt hierzu: „Etliche Betriebsbereiche, die noch unter die Seveso-II-Richtlinie fielen, werden von der Seveso-III-Richtlinie nicht mehr erfasst. Beispielsweise werden viele Galvaniken nicht mehr den Anforderungen des Störfallrechts genügen müssen. Zudem sind notwendige Erweiterungen des Anwendungsbereichs nicht vorgenommen worden. Krebserzeugende Substanzen, Reproduktionstoxische Stoffe, Nanomaterialien und Kohlendioxid fehlen genauso wie eine angemessene Berücksichtigung der Ultragifte Dioxine und Furane. Damit werden zentrale Bereiche der europäischen Chemiepolitik nicht vom Störfallrecht umfasst.“

BBU-Pressemitteilung vom 16.06.2012. Die Presseerklärung des EEB zur Abstimmung im Europäischen Parlament findet man unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/16.06.12.html>

## **Energiepolitik**

### **Subventionen bleiben gerne unerwähnt**

Nur wenn man durch eine „atomfreundliche Brille“ schaut, sind die erneuerbaren Energien die einzige Ursache für die Strompreissteigerungen.

Die Atomindustrie hat sich längst eine goldene Nase verdient und die staatlichen Subventionen sind noch gar nicht zu beziffern, bleiben aber gerne unerwähnt.

Noch „billiger“ wird der Atomstrom, wenn wir mindestens 6000 Nachfolgegenerationen den Atommüll unterschieben und uns vor den Endloskosten drücken, die wir in kurzer Zeit für andere verursacht haben.

Gilt das Gebot christlicher Nächstenliebe nur für unsere Mitmenschen oder auch gegenüber zukünftigen Generationen?

Wer gestattet es uns, aus Kostengründen unseren Wohlstand von den Kindern finanzieren zu lassen, indem wir sie zwingen unseren Müll zu verwalten, weil uns verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln zu teuer ist? Sind nicht die einseitigen Interessen gesteuerten Zahlenspielerien gegen erneuerbare Energien „schamlos“ und unredlich?

*Leserbrief von BBU-Mitglied Hans Hoffmeister aus Metelen in der MZ vom 17.04.2012*

## Fluglärm

### **Deutscher Ärztetag**

Der Deutsche Ärztetag hat sich bei seiner Versammlung im Mai 2012 mit der Fluglärm-Problematik befasst:

<http://www.fluglaerm.de/koeln/AerztzuFlrm.pdf>.

## Fracking

### **Aktionsbündnis No Moor Fracking - Die Initiative für gesundes Wasser und gesunden Menschenverstand in der Diepholzer Moorniederung**

Das Aktionsbündnis No-Moor-Fracking ist ein loser Zusammenschluss vieler interessierter und besorgter Bürger unserer Region. Wir sind kein "Verein" im klassischen Sinne und freuen uns über jeden, der mitmachen und aktiv werden möchte in unserem Protest gegen Fracking.

Falls Sie auch "Frackivist" werden oder auch nur über unsere Aktionen informiert bleiben möchten schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@no-moor-fracking.de](mailto:info@no-moor-fracking.de), damit wir Sie in unsere Verteilerliste aufnehmen können.

Das können Sie tun, wenn Sie mitmachen wollen:

Treffen Sie sich mit Ihren Freunden, Verwandten und Bekannten und informieren Sie sie über Fracking und die unkalulierbaren Risiken und Gefahren.

Sammeln Sie Unterschriften gegen Fracking bei Ihren Nachbarn, Freunden und Verwandten.

Organisieren Sie Heimkino-Abende für sich, Ihre Familie und Freunde und zeigen Sie ihnen den Film „Gasland“.

Beteiligen Sie sich an Protestaktionen, Umzügen und Demonstrationen, die in Ihrer Region gegen Fracking organisiert werden.

Informieren Sie sich im Internet, z. B. bei [www.gegen-gasbohren.de](http://www.gegen-gasbohren.de), oder in anderen Medien über andere Aktionen in benachbarten Orten. Wir sind alle betroffen, und Fracking muss bundesweit verboten werden!

Quelle: <http://no-moor-fracking.de/index.php/wer-sind-wir.html>

## Gentechnik

### **BBU gegen Gentechnik in Lebensmitteln**

(Bonn, Berlin, Brüssel, 12.06.2012) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und eine entsprechende gentechnikfreie Herstellung von Lebensmitteln ein. Die derzeit diskutierte Zulassung von gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln wird vom BBU scharf abgelehnt. "Es gibt keine Notwendigkeit und die Risiken sind zu unüberschaubar", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.



Der BBU befürchtet zudem, dass die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher durch den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion zunehmend eingeschränkt wird, insbesondere durch die kaum nachvollziehbare Ausbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Gegen die Gefahren der Gentechnik in der Landwirtschaft richtet sich die Kampagne „Vielfalterleben“, an der auch der BBU mitwirkt. Vielfalterleben ist eine Initiative für mehr Vielfalt in der Landwirtschaft und gegen Gentechnik auf landwirtschaftlichen Flächen und in Lebensmitteln. In dem breiten Bündnis haben sich Initiativen, Verbände und Unternehmen aus den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Lebensmittel-Verarbeitung und Handel zusammengeschlossen.

Die Kampagne "Vielfalterleben" unterstützt die biologische Züchtung von neuen Sorten mit dem Verkauf eigenen Saatgutes. Informationen zur Kampagne Vielfalterleben gibt es im Internet unter [www.vielfalterleben.info](http://www.vielfalterleben.info). Weitere Informationen zu den Gefahren der Gentechnik unter [www.gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de).

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 12.06.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmittellungen/PR%202012/12.061.12.html>.

## Kohlekraftwerke

### **Umweltminister Altmaier profiliert sich mit Angriff auf Bundesumweltamt**

"In Deutschland gibt es derzeit genügend Kraftwerkskapazitäten. Es besteht kein Bedarf an zusätzlichen Kohlekraftwerken über die bereits im Bau befindlichen Anlagen hinaus. Der Zuwachs erneuerbarer Energien, die effizientere Stromnutzung und die bereits im Bau befindlichen fossilen Kraftwerke können die wegfallende Kernenergie auch in den nächsten Jahren kompensieren."

Dies teilte das Umweltbundesamt kürzlich mit und bezog sich hierbei auf die detaillierten Darlegungen in seinem bereits im Mai 2011 veröffentlichten "Hintergrundpapier zur Umstrukturierung der Stromversorgung in Deutschland". Nach einigen anlässlich seiner Amtsübernahme geäußerten wohlklingenden Worten zur "Energiewende" profiliert sich nun der neue Bundesumweltminister Altmaier durch Verärgerung über diese Aussage des Bundesumweltamtes: "Dass sich der Präsident einer nachgeordneten Behörde permanent ohne Abstimmung zu Fragen äußert, die auf politischer Ebene zu entscheiden sind, ist befremdlich."

Hierzu stellen wir fest: Das Bundesumweltamt ist aufgrund seiner zahlreichen und eingehenden wissenschaftlichen Arbeiten ein wesentlicher Träger von Fachkompetenz. Es ist absolut notwendig und zu begrüßen, dass es diese in die derzeit stattfindenden epochalen Entscheidungen hinsichtlich Energiezukunft wirksam einbringt. (...)

Auch Herrn Altmaier sollte das kürzlich vom Club of Rome herausgebrachte Gutachten zum Zustand des Planeten bekannt sein. Es geht darum, dass solche Erkenntnisse nicht wirkungslos in einem theoretischen Raum verbleiben, sondern in praktisches politisches und wirtschaftliches Handeln umgesetzt werden.

Wenn Herr Altmaier dem Umweltbundesamt einen Maulkorb verpassen will - ähnlich wie vor einiger Zeit ein FDP-Minister den Sachverständigenrat in Umweltfragen disziplinieren wollte - handelt er kontraproduktiv hinsichtlich der ihm durch sein Amt gestellten Aufgabe.

Aus Platzgründen leicht gekürzte Presseerklärung der Bürgerinitiative "Kein CO2-Endlager Altmark" vom 11.06.2012. Vollständiger Text:

<http://tv-orange.de/2012/06/umweltminister-altmaier-profiliert-sich-mit-angriff-auf-bundesumweltamt/>

### 30. Juni – Protest gegen die Genehmigung für das Kohlekraftwerk Eemshaven

Am Dienstag wurde das Esent/RWE-Kraftwerk von der Provinz Groningen genehmigt. Das haben wir erwartet, aber erfreut sind wir trotzdem nicht. Der folgende Film zeigt kurz, wie es in Eemshaven gerade aussieht.

<http://youtu.be/GVjYfJUrsOE>

Angeblich hat die Natur keinen großen Nachteil durch den Bau des Kraftwerks und RWE will auch was für die Natur tun!!!

<http://www.provinciegroningen.nl/actueel/nieuws/nieuwsbericht/nieuws/toon/item/rwe-voldoet-aan-voorwaarden-vergunning-natuur/>

JETZT ist der Zeitpunkt für Aktivitäten:

1. In Kürze werden die Genehmigungsunterlagen ausgelegt und es sind nur SECHS Wochen Zeit für Einwände. Fordern Sie die Städte und Gemeinden auf sich gegen das Kraftwerk zu wehren. Das ist die letzte Chance. Überlegen Sie sich Argumente für Einwände. Über weiteres Vorgehen werden wir informieren.
2. Gemeinsam mit unseren Mitstreitern aus den Niederlanden und der Greenpeace Gruppe Ostfriesland organisieren wir einen Aktionstag gegen das Kohlekraftwerk von RWE.

Quelle und weitere Infos unter <http://105339.webtest.goneo.de/site/index.php?/categories/19-Eemshaven>

## Konzernkritik

### Jetzt Plätze sichern: Jahrestagung der Coordination gegen BAYER-Gefahren

Datum: Samstag, 3. November, 9.30 – 18 Uhr. Ort: Umweltzentrum Düsseldorf, Merowinger Str. 88, Eintritt: frei (Spenden erbeten)

Am 3. November findet im Düsseldorfer Umweltzentrum die Jahrestagung der Coordination gegen BAYER-Gefahren statt. Unter dem Titel „Occupy BAYER. Geschichte und Perspektive von Konzern- und Globalisierungskritik“ beschäftigen wir uns mit den Wurzeln sozialer Bewegungen in Deutschland. Zudem wollen wir die Perspektiven von „Occupy“ und anderen Protestbewegungen in Zeiten der Finanzkrise diskutieren.

Für den Einführungsvortrag konnten wir den bekannten Politikwissenschaftler Dr. Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung gewinnen. Kraushaar untersucht seit Jahrzehnten die Geschichte von Protest und Widerstand in der Bundesrepublik und in der DDR. Weitere Vorträge befassen sich mit der Arbeit von „Kritischen Aktionären“ sowie mit Kampagnen der Coordination gegen BAYER-Gefahren in den vergangenen 30 Jahren. Zudem befinden sich drei Diskussions-Blöcke im Programm.

Da wir nur 50 Plätze vergeben können, empfehlen wir eine rechtzeitige Anmeldung. Im vergangenen Jahr konnten wir leider nicht alle Anmeldungen berücksichtigen. Auch bitten wir bei Nicht-Erscheinen um rechtzeitige Abmeldung, damit wir freiwerdende Plätze anderweitig vergeben können.

Der Eintritt zur Tagung ist wie immer umsonst. Zur Abdeckung der Kosten sind wir jedoch auf Spenden angewiesen.

ANMELDUNG:

e-Mail: [CBGnetwork\(at\)aol.com](mailto:CBGnetwork(at)aol.com), Tel 0211 – 333 911, Fax 0211 - 33 39 40.

Quelle und weitere Infos: <http://www.cbgnetwork.org/4475.html>. Die CBG ist eine BBU-Mitgliedsorganisation auf Gegenseitigkeit

**CBG**  
JAHRESTAGUNG  
Samstag, 3. November 2012  
09.30 - ca. 18.00 Uhr  
Eintritt: frei Spende erbeten

**OCCUPY BAYER**

Geschichte & Perspektive von Konzern- und Globalisierungskritik

**JETZT ANMELDEN**

info@CBGnetwork.org twitter facebook www.CBGnetwork.org

## Massentierhaltung

### **Kaninchenschutz**

(UB) Die Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel ist relativ breit bekannt. Dass aber auch Kaninchen in der Massentierhaltung gehalten werden, ist kaum bekannt. Das Tierschutzbündnis „Kaninchenmast, nein danke“ will die Öffentlichkeit darüber aufklären und die Lebensbedingungen der Kaninchen drastisch verbessern. Informationen dazu unter <http://www.kaninchenmast.info/wp>.

## Nachhaltigkeit

### **Rio plus 20: Nicht den Kopf in den Sand stecken**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in der UN-Konferenz "Rio plus 20" grundsätzlich ein wichtiges Ereignis, schränkt diese Ansicht aber auch ein und ruft international zum Engagement der Bevölkerung für Umweltschutz und Menschenrechte auf.

Der BBU hält den internationalen Umweltschutz und die weitere Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Zukunftssicherung der Menschheit für extrem wichtig. Gleichzeitig sieht der BBU ein Problem darin, dass derartige Mammutkonferenzen immer im Schatten anderer Weltereignisse stattfinden, die letztlich den Umweltschutz ausbremsen und eine nachhaltige Entwicklung blockieren. So beobachtet der BBU, dass weltweit die Rüstungsproduktion, expandierender Rohstoffverbrauch und damit verbundene Kriege vielen Bemühungen zum Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt zuwider laufen. Folgen sind u. a. die Ausbreitung der Wüsten, Wassermangel und Hungerkatastrophen. Der BBU ist skeptisch, ob die aktuellen Weltumweltprobleme auch nur ansatzweise von "Rio plus 20" gelöst werden können. Nach der UN-Konferenz wird es vermutlich mit der Zerstörung der Umwelt und mit der Durchsetzung der Interessen der Konzerne wie bisher weiter gehen. Doch es gibt Gegenbewegungen und der BBU setzt auf eine noch engere Vernetzung von Initiativen und Organisationen der Umwelt- und Friedensbewegung auf internationaler Ebene, damit der notwendige Druck auf die Regierungen ausgeübt werden kann, um soziale und ökologische Verbesserungen zu erreichen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 20.06.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/20.06.12.html>

## Naturschutz

### **Heckenschutz**

Vielfältige Informationen zum Thema Hecken und Heckenschutz findet man unter <http://www.heckenschutz.de>.

## Tonergerfahren

### **Tinte statt Toner**

Moderne Tintenstrahldrucker sind eine schnelle, sichere und kostengünstige Alternative, auch für den Businessbereich! Immer mehr Hersteller bieten jetzt entsprechend leistungsfähige und kostengünstige Geräte an. So wirbt der Marktführer Hewlett-Packard: „Der clevere Geschäftsmann druckt mit Tinte.“ oder "50% günstiger als Laser". Epson vermeldet den Durchbruch: „Tintenstrahldrucker erobern das Büro.“ und Brother bietet dokumentenechten Tinten- druck bei den neuesten Multifunktionsgeräten für A4 und A3. Auch im Stromverbrauch sind die Tintenstrahldrucker deutlich günstiger.

Damit gibt es keinen einzigen triftigen Grund mehr für Laserdrucker, es sei denn, Sie mögen Ihre Kunden oder Mitarbeiter nicht. Auch moderne Nadeldrucker und Geldrucker können eine Alternative sein.

Verzichten Sie im Privatbereich und ganz besonders im Bereich von Kindern, kranken Menschen und Schwangeren unbedingt auf Laserdrucker! Feinstaubbelastungen können schon im Mutterleib die Lunge des Embryos schädigen und zu einem geringeren Geburtsgewicht führen. In Arztpraxen haben Laserdrucker nichts verloren!

Wenn auf Laserdrucker dennoch nicht verzichtet werden soll, dann fordern Sie vom Hersteller das Sicherheitsdatenblatt ab und lassen Sie sich die gesundheitliche Unbedenklichkeit bestätigen.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.sicher-drucken.de/tipps.html>.

Die Stiftung nano Control <http://www.nano-control.de/index.html> ist Mitglied im BBU.

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 6 / 2012**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.07.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.